

Zivilgesellschaft und Partizipation im Wahljahr

Herausforderungen für die Politische Bildung

Die Herzen der Menschen für die Demokratie gewinnen

AKSB-Kolloquium „Wozu Demokratie? Demokratie und Globalisierung“ in Bonn

Inhalt

Schwerpunkt: Wahlen und Partizipation

Zivilgesellschaft und Partizipation: nicht nur in Wahljahren ein Thema	3
Projekt der Akademie Klausenhof: U18 Wahl als Grundstein für mehr Demokratie	4
Podiumsdiskussion in der Katholischen Akademie "Die Wolfsburg": Politische Inhalte müssen besser erklärt werden als bisher	4
Bericht aus der Praxis der Akademie Junges Land: Jugendbeteiligung als Chance – Bewusstsein und Haltung entscheidend!	5

AKSB-Praxis

AKSB-Kolloquium "Wozu Demokratie? Demokratie und Globalisierung" in Bonn: Die Herzen der Menschen für die Demokratie gewinnen	6
Verleihung bap-Preis Politische Bildung in Berlin	7
Interview mit Bischof Dr. Gebhard Fürst: Digitale Mediengesellschaft: Medienkompetenz ist Schlüsselkompetenz	8
Projektstelle "Empowered by Democracy"	10
Fachtagung Entwicklungspolitische Bildung: Qualitätsmanagement	10
Neu im KEB-Vorstand: Rüdiger Paus-Burkard	10
SV-Arbeit im Franziskanischen Bildungswerk e.V.	11
AKSB-Verwaltungsfachtagung: Intensiver bundesweiter fachlicher Austausch	13
Fachtagung Interreligiöse/Interkulturelle Bildung: Fremd in der demokratischen Bürgergesellschaft?	13

Didaktische Dokumentation (didado)

Partizipation als Grundprinzip der Demokratie	11
---	----

Internationale Bildungspolitik

Politische Bildung: Internationaler Austausch zu Theorie und Praxis	12
IJAB-Jubiläum: Ein halbes Jahrhundert internationaler Austausch	12

AKSB kurz notiert

9

Aus den Mitgliedseinrichtungen

KSI: Aktuelle Auseinandersetzung mit Fragen der Gerechtigkeit	14
---	----

Personalien

15

Termine

16



Nach der Wahl ist vor der Wahl!

Wahlprogramme 2013 im Vergleich zu den Wahlprogrammen 2017: klar, es gibt die Dauerbrenner, aber im Laufe einer Legislaturperiode passiert in einer sich immer schneller drehenden Welt im Großen wie im Kleinen viel, was neu bedacht, diskutiert, in Gesetze gefasst und entschieden werden muss.

Diese Beobachtung ist ein Plädoyer, sich im Kontext von Wahlen viel stärker als bisher mit Werten zu beschäftigen, z.B. wie Politik im Sinne des Gemeinwohls gestaltet, wie Streit um widerstrebende Interessen gelöst wird, wie man konstruktiv mit Unterschieden umgeht und Machtfragen löst – Themen einer langfristig ausgerichteten wertorientierten politischen Bildung.

In der AKSB zog sich in meinem ersten halben Jahr als Geschäftsführer das Thema der Partizipation wie ein roter Faden durch die Arbeit der Fachgruppen: Die fachliche Auseinandersetzung mit Methoden, wie Menschen sich selbst einbringen können, gehört zu unserem Anspruch und unserem Vermittlungsziel. Daran werden wir in einer zunehmend digitalisierten Welt weiter arbeiten.

In diesem Heft haben wir dazu am Beispiel des Themas Wahlen einige Ansätze zusammen gestellt.

Ihnen einen guten Wahlsommer und: für die politische Bildung ist nach der Wahl vor der Wahl

Ihr

Dr. Karl Weber

AKSB-Geschäftsführer

Titelbilder: Titelbilder Reihe oben und mi.: Impressionen zum Thema Wahlen und Partizipation; Titelbilder Reihe unten: (li.) Foto aus dem Projekt "Jugendwahl" der Akademie Klausenhof; (mi.) Bischof Dr. Gebhard Fürst; (re.) Titelbild des Flyers zur Fachtagung Deutsch-Polnischer Jugend- und Schulaustausch zum Thema "Austausch 2.0: Digitale Medien in der deutsch-polnischen Jugendbegegnung".

Zivilgesellschaft und Partizipation: nicht nur in Wahljahren ein Thema

Ein Standpunkt von Dr. Andrea Keller zu den Herausforderung von Politischer Bildung im Wahljahr

(inform). Dieses Jahr gilt als Superwahljahr in Europa. Wahlen sind die am wenigsten sozial verzerrte Form der Partizipation an politischen Prozessen. Jeder, der wahlberechtigt ist, kann ohne weitere Voraussetzungen an einer Wahl teilnehmen. Andere Formen der Partizipation erfordern erweiterte Kenntnisse. Das betrifft etwa die Teilnahme an Onlineprotesten oder die Mitarbeit in einer Partei oder Bürgerinitiative. Es ist festzustellen, dass sich Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen an solchen Meinungsbildungsprozessen weniger beteiligen. Aber auch diese Formen der Partizipation beeinflussen gesellschaftliche Entwicklungen. Daraus folgt als eine Aufgabe der politischen Bildung, Chancengleichheit dadurch zu bewirken, dass sie die Menschen dazu befähigt, sich für gesellschaftliche Belange einsetzen zu können.

Die ASKB sieht dies als eine ihrer Kernaufgaben an. Politische Bildung soll „zur Mitgestaltung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen motivieren sowie die dafür nötigen Fähigkeiten vermitteln“ (*AKSB-Konvention von 1998, Abs. 5; siehe auch: Aktualisierende Ergänzungen 2009, Abs. 4*). Die Menschen werden als aktive mündige Bürger gesehen. Daher werden die Lernprozesse selbst partizipativ gestaltet.

Kernaufgabe der ASKB: Motivation zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation

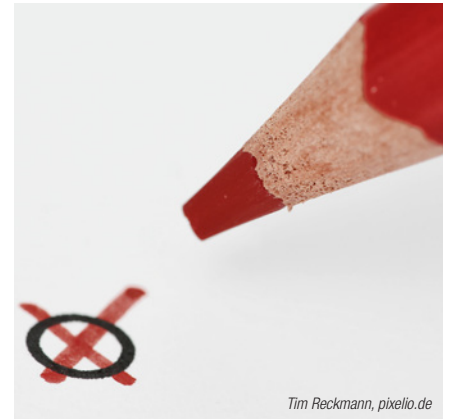
Wenn dies in Deutschland seit Jahrzehnten so praktiziert wird – könnte man fragen –, wie kann es dann sein, dass der Populismus erstarbt, Menschen- und Demokratiefreundlichkeit ihr hässliches Gesicht zeigen und Fake News und Verschwörungstheorien anscheinend Hochkonjunktur haben? Es wäre wohlfeil, der politischen Bildung Versagen vorzuwerfen. Schließlich kann man nicht sagen, ob Populismus und Extremismus ohne politische Bildung nicht noch viel stärkeren Zulauf hätten. Außerdem hängt nicht die gesamte gesellschaftliche Entwicklung von der politischen Bildung ab. Trotzdem muss sich politische Bildung den Herausforderungen stellen. Dabei kann sie auf bereits Bewährtes zurückgreifen, wie sich im Folgenden zeigt.

In der aktuellen Diskussion werden verschiedene Herausforderungen beschrieben, von denen an dieser Stelle einige beispielhaft vorgestellt werden sollen. Im Februar diskutierten die Mitglieder der Fachgruppe III über einige dieser Herausforderungen mit Sebastian Bödeker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Er zeigte unter anderem auf, dass Wissen allein nicht zu mehr Partizipation führt. Entscheidender sei die Einschätzung

der eigenen Wirksamkeit auf Politik. Diese – und damit die Bereitschaft zum Engagement – erhöhe sich zum Beispiel dann, wenn die Menschen andere Menschen in ihrem Umfeld kennen, die sich aktiv für die Gesellschaft einsetzen. Für die politische Bildung bestätigt sich damit, dass das Konzept der Ausbildung von Peers ein wirksames Mittel zur Förderung von Partizipation ist. Eine weitere Herausforderung ist der von Bödeker dargestellte Zusammenhang von geringer Bildung, geringem Einkommen und geringer Partizipation (*siehe auch: Haussner, Stefan; Kaeding, Michael; Wächter, Joel: Politische Gleichheit nicht ohne soziale Gleichheit, in: Journal für politische Bildung, 2017, Heft 1, 24-30*). Auch mit dieser Herausforderung beschäftigt sich die politische Bildung bereits. In der ASKB gibt es zum Beispiel eine Projektstelle für die Bildungsarbeit mit bildungsfernen Jugendlichen.

Als weitere Herausforderung beschreibt Karl-Rudolf Korte, dass die Bürger/-innen Differenz und Vielfalt zunehmend als Problem wahrnehmen (*Korte, Karl-Rudolf: Die Bedeutung von Wahlen in einer demokratischen Gesellschaft, in: Journal für politische Bildung, 2017, Heft 1, 8-12*). Diese Krise würde verstärkt durch „hohe Zuwanderung, instabile Weltregionen, wachsende Risiken durch radikale Gruppen und neue ideologische Antagonismen zwischen West und Ost“ (ebd.). Korte betont, dass es dennoch notwendig bleibt, Verschiedenheiten demokratisch auszuhandeln.

Auch hier kann und sollte daher die katholisch sozial orientierte politische Bildung weiterhin ihre Stärke zur Geltung kommen lassen, Menschen sprach- und auseinandersetzungsfähig zu machen auf einer Ebene, auf der die Menschenrechte geachtet und globale Zusammenhänge in den Blick genommen werden. Dies hat die ASKB bereits in den Aktualisierenden Ergänzungen zur ASKB Konvention 2009 zum Ausdruck gebracht (*siehe Abs. 28-46*).



Tim Reckmann, pixelio.de

Wahlen sind die am wenigsten sozial verzerrte Form der Partizipation an politischen Prozessen.

Unsere Stärke: Soziale Ungleichheit abmildern

Um Misstrauen in die Politik zu überwinden und damit eine Voraussetzung für Engagement zu schaffen, muss auch die emotionale Ebene in den Blick genommen werden. Darauf verweist Anja Besand, wenn sie das Verhältnis von Emotionalität und Professionalität in der politischen Bildung untersucht (*Besand, Anja: Therapeutische Zuwendung oder strategische Abwendung? Rechtspopulismus und politische Bildung, in: Politikum, 2017, Heft 2, 62-70*). Sie betont, dass es unmöglich und auch gar nicht wünschenswert ist, „im Kontext politischer Bildung auf Emotionen zu verzichten“ (ebd. S. 69). Dies könne zwar die Bildner/-innen an ihre Grenzen bringen, sei aber unumgänglich. Die beschriebenen Herausforderungen für die Bildungsarbeit in Bezug auf die Stärkung von Partizipation sind nicht neu, aber durch den Populismus ist es zum Teil schwieriger geworden, zu diskutieren und zu motivieren. Trotzdem sollten wir als Gesellschaft und als politische Bildner/-innen genau dies weiter tun. Unsere Stärke liegt darin, dass wir die soziale Ungleichheit abmildern können, die ein Faktor für die Erstarkung des Populismus ist.

Handlungsperspektiven für die Politische Bildung

AKSB-Jahrestagung bietet Dialog von Wissenschaft und Praxis

Einen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis bietet in diesem Jahr die ASKB-Jahrestagung am 27. und 28. November 2017 in der Katholischen Akademie in Berlin. Ziel des gemeinsamen Austauschs mit der Wissenschaft ist die Entwicklung von Handlungsperspektiven für die Politische Bildung innerhalb der ASKB. Dabei stehen auch Exkursionen zu Brennpunkten Politischer Bildung

in Berlin auf dem Programm. Am 28. November schließt sich dann im Rahmen einer Festakademie ab 18 Uhr die offizielle Verabschiedung des ASKB-Geschäftsführers Lothar Harles an, ebenfalls in der Katholischen Akademie in Berlin. Am 29. November tagt die ASKB-Mitgliederversammlung. Weitere Informationen: Dr. Karl Weber, weber@aksb.de

U18-Wahl als Grundstein für mehr Demokratie: Ein voller Erfolg

Projekt Jugendwahl an der Akademie Klausenhof – Bericht von Johannes Kühling

Hamminkeln (inform). Anlässlich der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen machte Anfang Mai die U18-Wahl in NRW halt. Alle Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren durften in über 400 angemeldeten Wahllokalen ihre Stimme abgeben. Eingeladen hatte der Landesjugendring, um als Wahllokal Jugendlichen eine Chance zur politischen Teilnahme zu geben. Dieser ist schon seit 1996 Ausrichter der Jugendwahl, welche zu jeder Europa-, Bundestags-, Landtagswahl stattfindet. Angesetzt wird die U18-Wahl immer neun Tage vor dem offiziellen Termin.

Jugendlichen die Bedeutung von Politik näherbringen

Auch die Akademie Klausenhof eröffnete dieses Jahr zum ersten Mal ein Wahllokal am Standort Hamminkeln für Jugendliche, umso die lange Geschichte der Jugendakademie in politischer Bildungsträgerschaft fortzusetzen. Mit ihrem Projekt „Jugendwahl“ will die Akademie Jugendlichen Politik näherbringen und die Wichtigkeit der Demokratie verdeutlichen. Dabei soll deutlich werden, dass Politik jeden persönlich betrifft. Bestimmende Fragen im Projekt sind daher: Was heißt es in einer Demokratie zu leben? Welche Auswirkung hat meine Stimme und was ist der Nutzen meiner Wahl? Zudem soll im Projekt bei den Jugendlichen ein Verantwortungsbewusstsein für die eigene Stimme im Rahmen politischer Bildung entwickelt werden. Benachteiligten Jugendlichen soll so die Chance gegeben werden, ihre Zukunft selber zu gestalten und politische Partizipation in ihren Alltag zu transferieren, um dadurch die eigene Meinungsbildung zu fördern und neue Potenziale zu entdecken.

Um die Landtagswahlen für die Jugendlichen erlebbar werden zu lassen, wurden Abstimmungshochrechnungen und Ergebnisverkündigungen in der Akademie Klausenhof präsentiert und Wahlkabine und Wahlurne aufgestellt. Inhaltlich konnte der Wahl-O-Mat – ein Online-Programm der Bundeszentrale für politische



Jugendliche werden im Projekt "Jugendwahl" der Akademie Klausenhof mit Stimmzettel und Wahlurne vertraut gemacht.

Bildung/bpb zur Wahlentscheidungshilfe – benutzt, ein politisches Quiz gespielt, Parteien-Speed-Dating durchgeführt sowie das Ministerpräsidenten-Kegeln ausprobiert werden. Meinungen wurden ausgetauscht und die Jugendlichen näherten sich durch die neuen Methoden spielerisch der Politik.

Insgesamt gingen 28 Jugendliche an der Akademie Klausenhof zur Wahl, interessierten sich für Politik, Parteien und Programme. Landesweit waren es über 35.000 Jugendliche.

Wahllokal "on Tour"

Mit einem Wahllokal „on Tour“ wurde das Schülercafé Karton in Bocholt besucht. Dort sollte besonders bei bildungsfernen Kindern und Jugendlichen ein erstes Interesse an Politik entwickelt werden. Die Begeisterung bei den Café-Gästen war dann groß: Sie suchten die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Parteien, ließen sich das politische System erklären und traten im Quizduell gegeneinander an. Die Jugendlichen stellten Fragen, erprobten den Wahl-O-Mat und erfuhren mehr

über die Demokratie in Deutschland. Anschließend konnten die Jugendlichen ihre Stimme bei der Wahl bewusster abgeben.

Mit weiteren Projekten der Politikverdrossenheit entgegenwirken

Die Jugendwahl war sowohl für die Jugendlichen als auch für die Demokratie von Erfolg gekrönt. Die große Unbekannte „Politik“ wurde ein Stück weit transparenter und Demokratie konnte den Jugendlichen nähergebracht werden. Der angeblichen Politikverdrossenheit der Jugendlichen kann so langfristig entgegengewirkt und die Vielzahl der Partizipationsmöglichkeiten offeriert werden. Alle Beteiligten wünschen sich mehr solcher Angebote um Wissen zu fördern und Interesse zu wecken. Die Akademie Klausenhof wird mit den Kooperationspartnern daher weiterhin Projekte politischer Bildung planen und durchführen. Nächster Termin ist die Bundestagswahl im September, dann wird vorher wieder die Jugendwahl in der Akademie Klausenhof zu Gast sein. Das gesamte Ergebnis ist unter <http://t1p.de/u18LandtagswahlNRW> einsehbar.

Das Angebot der Akademie Klausenhof wird im Rahmen der Bundestagswahl aus Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert.

Politische Inhalte müssen besser erklärt werden als bisher

Landtagswahl NRW: Podiumsdiskussion in der Katholischen Akademie "Die Wolfsburg"

Mülheim a. d. Ruhr (inform). Unter dem Titel „Ein Signal für den Bund – Landtagswahlen 2017 in NRW“ lud die Katholische Akademie „Die Wolfsburg“ zusammen mit der Stabsabteilung Kommunikation des Bistums Essen Anfang Februar zur Podiumsdiskussion ein. Im Vorfeld der NRW-Wahlen widmete sich die Akademie den Fragestellungen, ob das NRW-Wahlergebnis ein starkes Signal für die Regierungsbildung im Bund geben werde und ob Themen erkennbar werden, von

denen sich die Wähler leiten lassen. Ein Podium mit Prof. Dr. Andreas Blätte, Direktor des Instituts für Politikwissenschaften der Universität Duisburg-Essen, und Dr. Richard Kiessler, ehemaliger Chefredakteur der NRZ und WAZ-Mediengruppe, moderiert von Akademiedozent Tobias Henrix, kam zu der übereinstimmenden Einschätzung: In einer komplexen Welt müssten die Themen der anstehenden Wahlkämpfe auf Länder- und Bundesebene den Bürgern besser erklärt werden

als bisher; andernfalls ließen sich die Wähler von den einfachen Lösungen populistischer Parteien locken.

Viele politische Inhalte erreichten die Menschen im aktuellen Wahlkampf nicht, beobachtet Blätte. Das liege einerseits daran, dass Politiker ihre Entscheidungen nicht hinreichend verständlich erklärten. Andererseits schotteten sich viele Menschen in den „Filterblasen des Internets“ und in ihren eigenen Interessensgrup-

pen so ab, dass sie Argumente und Gegenmeinungen von außen nicht mehr wahrnehmen. Das Gefüge von Meinung und Gegenmeinung einer breiten medialen Öffentlichkeit schein mehr und mehr durchbrochen zu sein. „Wenn wir diese Menschen nicht erreichen, wird die AfD mit Leichtigkeit ein Ergebnis von 10 Prozent einfahren“, warnte Blätte.

Demgegenüber gab Kiessler zu bedenken, viele dieser AfD-Sympathisanten seien allerdings reine „Denkzettel-Wähler“, die ihre Unzufriedenheit ausdrückten, ohne sich mit dem politischen Hintergrund zu beschäftigen. Besorgniserregend sei jedoch, dass in der „besonderen Situation 2017“ auch von Bewe-

gungen im internationalen Raum Einfluss auf die deutschen Wähler zu erwarten sei.

Dass politische Programme auf Dauer wenig Akzeptanz fänden, wenn sie den Bürgern anfangs nicht nachvollziehbar verständlich gemacht würden, erklärte Blätte am Beispiel der Agenda 2010, der deutschen Arbeitsmarktreform der Jahre 2003 bis 2005, aus der auch die Hartz IV-Gesetze hervorgingen: „Es geht nicht nur darum, Fakten zu einem neuen Gesetz darzustellen, sondern den Wählern zu erklären, wie die Entscheidung zu einem Gesetz sich historisch erklärt, und welchen Deutungshorizont sie hat.“ Bundeskanzlerin Merkels Slogan zur Flüchtlings-

krise „Wir schaffen das“ gehe es ähnlich; immerhin habe er viele Deutsche mobilisieren können, aber keineswegs erklärt, in welche Richtung die Flüchtlingspolitik ziele.

Allerdings wollte Blätte dann doch eine Lanze für die Parteien brechen. Denn trotz ihrer „Gesprächsstörung“ gegenüber den Bürgern, wie Bundespräsident Joachim Gauck es formuliert hatte, seien die Parteien immer noch die beste Organisationsform der Demokratie, wenn man Bürgerbeteiligung ermöglichen wolle. Und auch Kiessler vertraut den politischen Strukturen: „Wir haben eine gefestigte Demokratie. Allerdings müssen wir sie gut pflegen.“

Jugendbeteiligung als Chance: Bewusstsein und Haltung entscheidend!

Bericht aus der Praxis der Akademie Junges Land e.V. – Bericht von Florian Grünhäuser

(inform). Die Akademie Junges Land e.V. ist die Akademie der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) und arbeitet seit einigen Jahren als Veranstalter politischer Bildungsveranstaltungen mit jungen Menschen in der Fachgruppe III der AKSB mit. Mit ihren Bildungsangeboten vermittelt die Akademie jungen Menschen Fähigkeiten, mit denen sie ländliche Räume aktiv und nachhaltig mitgestalten können. Sie arbeitet mit verschiedenen Akteuren wie Jugendverbänden, Kommunen, Jugendpfleger/-innen in Gemeinden oder auch Regionalmanager/-innen im Rahmen europäischer Förderung für Regionalentwicklung zusammen und unterstützt und begleitet Jugendbeteiligungsprozesse auf verschiedenen Ebenen.

In der Bildungspraxis zeigt sich dabei: Jugendbeteiligung kann einfach und effektiv gestaltet werden! Durchaus herkömmliche Formate der Jugendbeteiligung wie Jugendforen in Form von Zukunftswerkstätten können Partizipation stärken. Sie stellen dabei einen einfachen, ergebnisorientierten, kreativen und niederschweligen Ansatz dar, der die jungen Teilnehmenden motiviert. Im Rahmen des klassischen Dreischritts von Kritik-, Utopie-, und Realisierungsphase können sie Ideen spinnen und konkretisieren, sowie nächste Schritte der Umsetzung planen. Schnelle Umsetzung der Ideen ist dabei wichtig – für den sichtbaren Erfolg und die Motivation der jungen Menschen, sich weiter aktiv einzusetzen. Dies geschieht u.a. darüber, dass die Jugendlichen ihre erarbeiteten und konkretisierten Ideen mit Begleitung einer von ihnen bestimmten Vertrauensperson im jeweiligen Gemeinderat in einer Sitzung präsentieren und dort die nächsten Schritte des Prozesses geplant werden. Wünsche und Projekte, die während einer Reihe von Jugendforen im letzten und in diesem Jahr in der Eifel geäußert und ausgearbeitet wurden, waren beispielsweise die Einrichtung von Jugendräumen. Diese Ideen wurden in



Auch Jugendliche in ländlichen Regionen lassen sich zur Partizipation motivieren und melden sich zu Wort.

der Regel zeitnah – in ca. sechs Monaten – umgesetzt und stellten für die Gemeinden eine überschaubare finanzielle Investition dar.

Niederschwellig, motivierend und schnell umsetzbar

Neben der Umsetzung ihrer Ideen fördert dieser Weg ein Verständnis der jungen Menschen dafür, welche Institutionen in der Politik vor Ort angesprochen werden können, welche Möglichkeiten sie haben und – am allerwichtigsten – dass sie eine Stimme haben und gehört werden! Ansätze der Beteiligung müssen vor dem Hintergrund sich verändernder Lebenswelten junger Menschen gesehen werden – insbesondere hinsichtlich der Zeit, die ihnen zur Verfügung steht, Wegen, die sie zurücklegen, längeren Schulzeiten oder Freizeitaktivitäten, die auch außerhalb ihrer Gemeinden wahrgenommen werden. Zudem zeigt sich in Entwicklungen der Engagementstrukturen, dass Jugendliche sich ein zeitlich befristetes und damit überschaubares Engagement (bspw. im Rahmen eines

abgeschlossenen Projektes) wünschen. Hier müssen Entscheidungsträger/-innen und Engagierte in der Jugendarbeit ansetzen.

Damit Maßnahmen schnell ergriffen werden können, bedarf es insbesondere eines Bewusstseins für und eines Verständnisses der Bedeutung von Jugendbeteiligung sowie der Offenheit von (politischen) Entscheidungsträger/-innen! Oftmals hängt es vom Engagement einzelner Personen wie Jugendpfleger/-innen oder Bürgermeister/-innen ab, ob Beteiligungsstrukturen vorhanden sind. Jugendbeteiligung darf dabei keine Eintagsfliege sein – neben der zeitnahen Umsetzung von Projektideen ist die langfristige Perspektive der Unterstützung junger Menschen von entscheidender Bedeutung. Die Erfahrung von Wirksamkeit und Mitgestaltungsmöglichkeiten des Lebensumfeldes in jungem Alter erhöht langfristig die Bindung an die Region und zeigt jungen Menschen Perspektiven für einen Verbleib oder eine Rückkehr nach einer Ausbildung oder einem Studium. Zudem sind Jugendliche, die früh in gestalterische Prozesse eingebunden werden, bereit, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen.

Haltung ist entscheidend

Als ein Gesamtergebnis zeigt sich in der Erfahrung der Akademie, dass Erfolg bei der Partizipation junger Menschen weniger von oftmals geforderten innovativen Formaten abhängt, sondern vielmehr von der Haltung von Regionen, Gemeinden und Entscheidungsträger/-innen. Der Wille zur wirklichen Auseinandersetzung mit jungen Menschen, ihren Wünschen und Ideen ist entscheidend!

Das beschriebene Kursangebot wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes (KJP) des Bundes gefördert.

Die Herzen der Menschen für die Demokratie gewinnen

AKSB-Kolloquium „Wozu Demokratie? Demokratie und Globalisierung“ in Bonn

Bonn (inform). „Demokratie darf nicht zur Worthülle von Parteien werden, sondern muss im Herzen der Gesellschaft verankert werden“ – das gelte angesichts einer „unvollendeten Globalisierung“ und für Europa. Diese Feststellung stand im Zentrum des Hauptvortrages von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Bonner Politikwissenschaftlicher und Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), beim AKSB-Kolloquium „Wozu Demokratie? Demokratie und Globalisierung“, das am 24. Mai 2017 in Bonn stattfand. Zu dem Kolloquium hatte die AKSB anlässlich des 65. Geburtstages ihres langjährigen Geschäftsführers Lothar Harles eingeladen, dem die Vermittlung demokratischer Werte in neuen globalen Kontexten ein großes Anliegen war.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt: Ein Weltmigrationsgipfel soll eine Weltmigrationskonvention erarbeiten

Für Kühnhardt sind Geflüchtete und Migranten nur die Vorboten einer ungewissen Zukunft, die sich durch die unvollendete Globalisierung für die demokratischen Staaten ergäbe. In zu vielen Staaten bestehe kein Gewaltmonopol mehr, die „Demokratie“ sei oft zur Worthülle geworden. In Frage gestellt werde auch das „ganze Politikmodell, das von Europa ausgehend seit dem 19. Jahrhundert auf Parteien und auf Repräsentation beruht“: „Wirtschaftsregeln und Geschäftspraktiken ersetzen mancherorts Parteipolitik.“ Ähnlich defizitär sieht



Gruppenbild mit Lothar Harles und seiner Frau Sabine (mi.), AKSB-Vorsitzenden Dr. Michael Reitemeyer, (2.v.r.) AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber (4.v.l.) und Mitarbeitenden der AKSB-Geschäftsstelle am Ende des Kolloquiums.

der Direktor des ZEI die Entwicklung auf europäischer Ebene: Ein Europa der Staaten habe sich entwickelt, ein Europa der Gesellschaften gebe es bis heute kaum. Dies sei aber notwendige Voraussetzung für Europäische Parteien. Um das Scheitern der unvollendeten Globalisierung an den eigenen Widersprüchen zu verhindern, warb Ludger Kühnhardt für folgende Wege: Ein Weltmigrationsgipfel könne eine Weltmigrationskonvention erarbeiten, die Bedingungen, Grenzen und Anforderungen an die Mobilität des Menschen in der globalisierten Welt definiert. Der Papst könne zu einem Weltforum

der Religionen einladen, das „gemeinsam jedwede Gewalt gegen Menschen und Sachen, die im Namen einer Religion gedacht, gefordert oder praktiziert wird, als Gotteslästerung ächtet.“

Gemeinsam mit Lothar Harles, AKSB, Barbara Menke, Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung, Dr. Jörn Gravingholt vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) wurden anschließend die Perspektiven der Politischen Bildung mit Blick auf die Themenstellung diskutiert:

Lothar Harles: Junge Menschen verlangen, "dass wir Europa nicht vermasseln"

Lothar Harles richtete in seinem Beitrag den Blick auf den Zustand der Demokratie in Europa. Dort habe die Demokratie aus seiner Sicht erhebliche



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI in Bonn, schlägt ein päpstliches Weltforum der Religionen vor, das jedwede Gewalt ächtet.



Barbara Menke, Vorsitzende Bundesausschuss Politische Bildung: Politische Bildung muss ihre eingeehten Vorgärten verlassen.



Dr. Jörn Gravingholt, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE): Demokraten sind die besseren Problemlöser

Defizite: Es sei daher „mehr Europa und mehr Demokratie in Europa“ notwendig. Ob diese notwendigen Veränderungen von den Politikerinnen und Politikern der nationalen Staaten oder von supranationalen Kräften aus der Bevölkerung angestoßen und verwirklicht werden, bleibe abzuwarten. Junge Menschen hätten da – wie er es bei einer IJAB-Konferenz erfahren habe – eine hohe Erwartung: „Sie verlangen, dass wir Europa nicht vermasseln, sondern ihrer Zukunft und der Zukunft Europas eine Chance geben“. Für die Politische Bildung gebe es auch zukünftig noch viel zu tun.

Barbara Menke forderte die Akteure der politischen Bildung dazu auf, „ihren eingehegten Vorgärten“ zu verlassen und mit ihren Themen unter die Leute zu gehen. Demokratie könne nur gestärkt werden, wenn die Politische Bildung die „Resonanzachsen“ zwischen der demokratischen Politik und den Bürgern und Bürgerinnen nachhaltig aktiviere. Dabei müssten diejenigen erreicht werden, die bislang kaum Chancen der Beteiligung für sich selber sahen oder hatten. Hierzu gehören die Migrant/-innen und Geflüchteten, aber

auch die internetaffinen Jugendlichen, denen gegenüber sich politische Bildung stärker mit neuen Formaten und Zugängen öffnen müsste.

Dr. Jörn Grävingsholt kam in seinem Statement zu dem Schluss, dass die Förderung und Unterstützung von Demokratisierungsprozessen zwar kompliziert, mühsam und ein Unterfangen ohne Gewähr sei – aber „möglich und lohnend“. Dabei leiste die Pluralität von zivilgesellschaftlichen demokratischen Trägern einen wichtigen Beitrag zur Demokratieförderung. Sein Fazit: Im langjährigen, weltweiten Vergleich sind Demokratien die besseren Problemlöser. Den Beweis des Gegenteils müssten die autoritären und semi-autoritären Populisten der Gegenwart erst noch antreten.

Die demokratische Idee vom Kopf in das Herz des Menschen transportieren"

„Im Zeitalter der Globalisierung stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit von Demokratie angesichts der Herausforderungen der Weltgemeinschaft drän-

gender denn je. Die fachlichen Beiträge unseres Kolloquiums zeigen: Die Demokratie ist an vielen Orten dieser Welt und auch hier in Europa gefährdet. Mit unseren politischen Bildungsangeboten müssen wir daher die demokratische Idee vom Kopf in das Herz der Menschen transportieren“, erklärte AKSB-Vorsitzender Dr. Michael Reitemeyer. „Politische Bildung muss Kontakt und Begegnung untereinander ermöglichen und dabei neben der Zielgruppe der benachteiligten Kinder und Jugendlichen auch die Zielgruppe der Senioren und der 50 bis 65-Jährigen erreichen, die sich oftmals von Demokratie abwenden, obwohl sie in ihr groß geworden sind,“ sah AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber als perspektivische Herausforderung für die AKSB.

Vor dem Kolloquium hatten bereits Pater Diethard Zils OP und Professor Dr. Wolfgang Bretschneider an der Orgel textlich und musikalisch in einer geistlichen Meditation an das Tagungsthema „Demokratie und Globalisierung“ herangeführt.

Preisträgerprojekte boten Klartext für Demokratie

Verleihung bap-Preis Politische Bildung 2017 in Berlin

Berlin (inform). In einer Feierstunde wurden Ende Juni 2017 die Preisträger des „bap-Preises Politische Bildung 2017“ in der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern beim Bund in Berlin ausgezeichnet. Die vier Gewinnerprojekte kamen aus Berlin, Görlitz, Freiburg und Bad Marienburg.

Allen Projekten gemeinsam ist, dass sie sich in unterschiedlichsten Facetten, mit kreativen Methoden, neuen Technologien und viel jugendlicher Eigeninitiative dem diesjährigen Wettbewerbsmotto „Klartext für Demokratie“ widmen. In ihren Begrüßungsreden hoben Dr. Pirko Kristin Zinnow, Bevollmächtigte des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund, und Barbara Menke, Vorsitzende des ausrichtenden Bundesausschusses Politische Bildung e.V. (bap), die Bedeutung der Politischen Bildung hervor. Für Dr. Zinnow ist Politische Bildung Grundvoraussetzung für das aktive Eintreten für unsere Demokratie. Sie biete das Handwerkszeug, Populisten zu entlarven, Real-News von Fake-News zu unterscheiden und Leidenschaft für eigenes Engagement zu entfachen. Für Barbara Menke erfordert Demokratie Mut zum Streit, aber auch Mut zur Verständigung: Beides gehe nicht ohne den Willen und die Einsicht, sich für mehr als für sich selbst verantwortlich zu fühlen: „Demokratie lebt von dieser Verantwortung jeder und jedes Einzelnen und der Solidarität der Gesellschaft. Deshalb braucht Demokratie aktive Beteiligung und politische Bildung.“



Ausgezeichnet wurden:

- Jugend-Demokratieprojekt „Überwachung galore“ (Europahaus Marienberg, Preisgeld 3.000 Euro)
- Projekt „Politik im Blick – Kids mischen mit!“ (Nachbarschaftsheim Neukölln e.V., Preisgeld 3.000 Euro)
- Projekt „A-Team – Schnittstelle für regionale Jugendbeteiligung“ (Second Attempt e.V., Preisgeld 3.000 Euro)
- Projekt „8er Rat - Ein Projekt kommunaler Jugendbeteiligung in Zusammenarbeit mit Freiburger Schulen“ (Jugendbüro Freiburg, Sonderpreis Schule): Das Modell-Projekt verknüpft schulisches Lernen mit kommunaler Jugendbeteiligung.

Gruppenbild der Preisträger und Laudatoren des bap-Preises Politische Bildung 2017.

Die Preise wurden von der Bundestagsabgeordneten Dr. Franziska Branter, Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Ulrich Weinbrenner, Ministerialdirigent im Bundesministerium des Innern, und Philipp Rogge, Referatsleiter im Bundesfamilienministerium, überreicht. An der Preisverleihung nahm auch AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber teil.

Weitere Informationen unter:

www.bap-politischebildung.de

Digitale Mediengesellschaft: Medienkompetenz ist Schlüsselkompetenz

Bischof Dr. Gebhard Fürst fordert im AKSB-Interview neue Sensibilität für den Wert persönlicher Daten

(inform). Die Publizistische Kommission der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) hatte am 29. Juni 2011 unter dem Vorsitz von Bischof Dr. Gebhard Fürst ein medienethisches Impulspapier zu den Herausforderungen der digitalen Mediengesellschaft unter dem Titel „Virtualität und Inszenierung. Unterwegs in der digitalen Mediengesellschaft“ herausgegeben. Damit erfolgte ein medienethischer Beitrag zur aktuellen gesellschaftlichen Debatte über die Chancen und Risiken neuer Medientechnologien, an der sich möglichst viele Menschen und Gruppen beteiligen sollten. Unter dem Titel „Medienbildung und Teilhabegerechtigkeit“ veröffentlichte die Publizistische Kommission der Deutschen Bischofskonferenz fünf Jahre später am 28. Oktober 2016 Impulse zu den Herausforderungen der Digitalisierung. Anlass genug für AKSB-*Inform*, im Gespräch mit Bischof Dr. Gebhard Fürst eine Zwischenbilanz zu ziehen:

AKSB-*Inform*: Das medienethische Impulspapier wurde 2011 veröffentlicht. Welche Bilanz ziehen Sie selbst nach nunmehr sechs Jahren? Haben die im Impulspapier 2011 vertretenen Positionen auch heute noch Bestand oder würden Sie einige Passagen umschreiben?

Bischof Dr. Gebhard Fürst: Die im Impulspapier enthaltenen Anregungen und Empfehlungen haben nichts an Aktualität eingebüßt. Ich bin sehr froh, dass wir frühzeitig das Thema Digitalisierung in den Blick genommen haben. Wir wollten die Deutungshoheit über die mediale Entwicklung nicht nur anderen Gruppen überlassen, sondern uns aktiv in die medienpolitische Diskussion einbringen. Dazu haben wir eine Arbeitsgruppe mit namhaften Medienexperten eingerichtet, die im Auftrag der Publizistischen Kommission das Impulspapier „Virtualität und Inszenierung“ erarbeitet hat. Was ist die Kernbotschaft? Medienkompetenz ist die Schlüsselkompetenz in der digitalen Mediengesellschaft. Verbesserte Kenntnisse im Umgang mit den Medien und über die Folgen des Umgangs sind grundlegend für die mediale Interaktion. Schließlich sind die meisten Risiken, die wir damals benannt haben, heute stärker ausgeprägt denn je: Datenmissbrauch, Gewaltverherrlichung, Cybermobbing, digitale Sucht. Diese Gefahren sind zumindest auch verhaltensbasiert und lassen sich durch Angebotsverbote und Einschränkungen alleine nicht nachhaltig vermeiden.

AKSB *Inform*: Stellt das 2016 veröffentlichte Papier „Medienbildung und Teilhabegerechtigkeit“, auch mit Blick auf das Impulspapier von 2011, eine Neuorientierung mit Blick auf die Digitalisierung dar?

Bischof Dr. Gebhard Fürst: Nein, dieses Papier ist eine Fortschreibung zu aktuellen Entwicklungen aus christlicher Perspektive. Die Digitalisierung hat sich seit unserem letzten Impulspapier noch tiefgreifender auf die Gesellschaft ausgewirkt. Die Stichworte Big Data, Industrie 4.0, Internet der Dinge, Robotik und „Maschinen-Verantwortung“, aber auch Disruption usw. spielen hier eine Rolle. Wir beurteilen den digitalen Wandel nach den Grundprinzipien der Katholischen Soziallehre. Unsere zentrale Forderung lautet daher: Die Würde, die Persönlichkeit und die Selbstbestimmung des Menschen müssen nicht zuletzt durch den Schutz seiner Daten bewahrt werden. Ziel muss es sein, die Persönlichkeit und die Sozialität des Menschen als Ebenbild Gottes bewusst zu erkennen, zu erhalten, zur Entfaltung zu bringen und bei Bedarf auch zu verteidigen. Menschenwürde und Freiheit geraten in Gefahr, wenn der Mensch nicht mehr über seine Daten bestimmen kann. Mir ist wichtig zu betonen: Wir wollen hier nicht nur pessimistisch und kulturkritisch die negativen Auswirkungen beklagen. Natürlich bringt die Digitalisierung viele Chancen mit sich. Menschen erschließen sich neue Möglichkeiten, sich miteinander auszutauschen und die eigene Persönlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Aber bei sozialer Kommunikation werden immer auch Daten erhoben, gespeichert und zum Teil kommerziell oder politisch genutzt. Wir brauchen dringend eine neue, veränderte Sensibilität für den Wert persönlicher Daten. Wichtig ist zudem ein zeitgemäßer Jugendmedienschutz. Daher setzen wir uns ein für taugliche Regelungen, die der Dynamik der Medienwelt Rechnung tragen. Hass und Verrohung der Kommunikation im Netz bedürfen wacher Aufmerksamkeit. Die in der analogen Welt geltenden rechtlichen, ethisch-moralischen und kulturellen Standards gelten auch für die digitale Welt.

AKSB *Inform*: Teilhabegerechtigkeit ist ebenfalls ein wichtiges Stichwort im Impulspapier 2016. Was ist damit gemeint?

Bischof Dr. Gebhard Fürst: Hier geht es um die flächendeckende Verbreitung des Internets in allen Lebensbereichen und damit um die Möglichkeit einfacher, schneller und günstiger Kommunikation. Das führt dazu, dass ein Zugang zu den Möglichkeiten des Internets kein Luxusgut ist, sondern ein notwendiger Bestandteil des gesellschaftlichen Existenzminimums. Hier sagen wir in unserem Papier deutlich: Damit alle Menschen vom sozialen Wert des Netzes profitieren können, sind bei der Gestaltung technischer Systeme sowie bei netzpolitisch relevanter Gesetzgebung Inklusion und Barrierefreiheit von großer Bedeutung. Mehr



Innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz ist Bischof Dr. Gebhard Fürst Vorsitzender der Publizistischen Kommission.

direkte Beteiligung und größere Nachvollziehbarkeit, durch digitale Kommunikation gestützt, können zugleich neue Impulse und neues Leben in als erstarrt wahrgenommene politische Prozesse und Strukturen bringen.

AKSB *Inform*: In dem neuen Papier werden politische Positionen unter ethischen Vorzeichen angesprochen. Will die Publizistische Kommission damit stärker in den politischen Diskurs zum Thema „Digitalisierung“ einsteigen?

Bischof Dr. Gebhard Fürst: Als Kirche haben wir uns immer schon eingebracht zu aktuellen Entwicklungen. Dazu gehört auch eine Positionierung zu den weitreichenden Folgen der Digitalisierung. Sie berühren alle Bereiche des politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und persönlichen Lebens. Wir beobachten Entwicklungen und Veränderungen, die durch den digitalen Wandel ausgelöst und beschleunigt werden. Nach unserem Verständnis ist es auch Aufgabe der Publizistischen Kommission, solche Prozesse aufzuzeigen und auf mögliche Konsequenzen für den Menschen und die Gesellschaft hinzuweisen. Aus dieser Perspektive ergeben sich zentrale Fragen: Was bedeuten die Entwicklungen für Öffentlichkeit und Gesellschaft? Welche Auswirkungen haben sie für unsere zukünftige Selbstwahrnehmung und unser Handeln? Wie beeinflussen die Umbrüche die gegenwärtigen und zukünftigen Vorstellungen der Menschen von einem sinnvollen Leben? Wir bearbeiten aktuelle Fragen der Digitalisierung fortlaufend. Wenn es angezeigt ist, gibt es Wortmeldungen zu aktuellen Problemen, so wie ich das in meiner Stellungnahme

zur Problematik der Fake News getan habe. Der politische Diskurs wird aber nicht nur von der Kommission getragen. Das Thema Digitalisierung wird auf unterschiedlichen Ebenen zum Thema gemacht. Zu Gesetzesinitiativen gibt das Katholische Büro in Berlin Stellungnahmen ab. In den Rundfunkkontrollgremien sitzen Kirchenvertreter, die sich in die Diskussion, die auch diese Gremien führen, einbringen. Prof. Büsch, der Leiter der Clearingstelle Medien, hat z. B. das Impulspapier „Medienbildung und Teilhabegerechtigkeit“ bei der re:publica 2017 vorgestellt. Ich sehe, dass die Kirche in vielfacher Weise angefragt wird.

AKSB Inform: *Befindet sich die katholische Kirche bei der Vermittlung von Medienkompetenz in ihren Akademien und Bildungsstätten auf einem guten Weg? Welche Akzente sollten hier in Zukunft gesetzt werden?*

Bischof Dr. Gebhard Fürst: Um die medienpädagogischen Initiativen zu bündeln und zu profilieren, um Medienpädagogik auf die Straße und an die Menschen zu bringen hat sich die Deutsche Bischofskonferenz nach der Veröffentlichung des ersten Impulspapiers selbst in die Pflicht genommen. Sie hat eine zentrale Forderung erfüllt und die Clearingstelle Medienkompetenz unter der Leitung von Prof. Andreas Büsch an der katholischen Fachhochschule in Mainz eingerichtet. Wir haben ebenfalls sehr früh im Hinblick auf die sozialen Medien ein Muster für Social Media Guidelines formuliert, die auch außerkirchlich anerkannt sind. Mit

dem Zertifikationskurs „Medienpädagogische Praxis“ machen wir Multiplikatoren für die medienpädagogische Bildungsarbeit mit Eltern, Kindern und Jugendlichen fit. Christlich verstandene Medienkompetenz ist Dienst am Menschen. Aus zahlreichen Rückmeldungen weiß ich: Viele unserer diözesanen Medienstellen und vor allem auch die katholischen-sozialen Bildungswerke sind in der Vermittlung von Medienkompetenz hoch engagiert. Dafür bin ich sehr dankbar. Ich freue mich, dass auch die Zusammenarbeit mit der Clearingstelle Medienkompetenz so gut funktioniert. Medienkompetenz gehört zu den zentralen Herausforderungen der Bildungsarbeit. Die katholisch-sozialen Bildungsstätten als Multiplikatoren sollten den eingeschlagenen Weg in ihrer wichtigen Vermittlungsarbeit konsequent weitergehen.

AKSB Inform: *Die AKSB arbeitet seit einigen Jahren intensiv und erfolgreich mit der Clearingstelle für Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz in ihrer Veranstaltungsreihe "Digital 2020" zusammen, weitere Kooperationspartner sind das Bonifatiushaus in Fulda, die LPR Hessen – Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien und das MUK Hessen – Institut für Medienpädagogik und Kommunikation. Wie könnte aus Ihrer Sicht das Angebot der Clearingstelle zu digitalen Fragestellungen ausgeweitet und verstetigt werden, um so auch den Dialog zwischen der AKSB und der Deutschen Bischofskonferenz in diesem Themenbereich zu intensivieren?*

Bischof Dr. Gebhard Fürst: Die Clearingstelle Medienkompetenz hat eine Brückenfunktion und ist Impulsgeber. Sie kann nicht selbst Anbieter von allen wünschenswerten Angeboten sein. Sie ist darauf angewiesen, Kooperationen einzugehen und man kann sagen, dass ihre Bedeutung durch die Vielzahl der Anfragen gewachsen ist. Die Impulse, die von der Clearingstelle ausgehen, sollen im Idealfall von anderen Institutionen aufgegriffen und aktiv verfolgt werden. Hier sehe ich vor allem auch Aufgaben für die die katholisch-sozialen Bildungsstätten.

AKSB Inform: *Welche Akzente sollte die AKSB im Themenfeld "Digitalisierung" verstärkt setzen?*

Bischof Dr. Gebhard Fürst: Nach wie vor ungelöst ist die Frage, wie wir mit unseren Angeboten bildungsferne Schichten erreichen, die wir über unsere Medien und Veranstaltungsformate kaum ansprechen können. Gerade diese Schichten müssen aber in unserem Blick sein, da zunehmend versucht wird, über gezielte Desinformation diese Gruppen anzusprechen und für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Digitalisierung ist der Begriff für einen Prozess gesellschaftlichen Wandels, der weit über den Medienbereich hinausgeht und alle Bereiche betrifft, beispielsweise die Arbeitswelt, die Medizin, die Mobilität der Gesellschaft. Medienkompetenz kann hier nur ein Baustein sein in einer notwendigen allgemeinen Lebenskompetenz, Menschen zu befähigen, mit den Herausforderungen der Digitalisierung umzugehen.

AKSB kurz notiert

Ausschreibungen und neue Publikationen

Die **Fachtagung zum deutsch-polnischen Jugendaustausch am 21. und 22. September 2017 "Austausch 2.0: Digitale Medien in der deutsch-polnischen Jugendbegegnung"** nimmt den Einsatz von digitalen Medien in der Internationalen Jugendbegegnungen in den Fokus: So eröffnen digitale Medien neue Wege für den Spracherwerb, in der Vorbereitung des physischen Austauschs, in der Dokumentation und bei der Reflexion von Begegnungen. Die Tagung wird federführend durchgeführt vom Jugendhaus Düsseldorf e.V. unter Mitwirkung der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge (afj) und in Kooperation mit dem AKSB e.V. Weitere Informationen und Anmeldung unter: <http://t1p.de/deutschpolnischeBegegnung>

Die AKSB und die KEB Deutschland laden zur jährlichen **Fachkonferenz „Zusammenarbeit mit der Katholischen Militärseelsorge und der Bundeswehr“ am 5. September 2017** ins Bonifatiushaus in Fulda ein. Weitere Informationen bei Dr. Karl Weber, weber@aksb.de. Link zur Anmeldung: <http://t1p.de/FTMilitaerseelsorge>

Zum 550. Geburtstag der Äbtissin und Theologin Caritas Pirckheimer – geboren am 21. März 1467 – haben Dr. Siegfried Grillmeyer, Direktor der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus (CPH) in Nürnberg, Dr. Doris Katheder und Claudio Ettl in der Edition CPH den **Band 4 "Caritas Pirckheimer und ihr Haus. Gedanken zum 550. Geburtstag"** herausgegeben. Verschiedene Autoren zeigen in ihren Beiträgen auf, dass die Gedanken, Anstöße und Impulse der Namensgeberin der Akademie in Nürnberg auch heute noch für Religion, Politik und Kultur Aktualität besitzen. Weitere Informationen:

<http://t1p.de/CaritasPirckheimer>

Die Ausgabe 7-8 / 2017 der Zeitschrift für die Jugendarbeit "deutsche Jugend" beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem 15. Kinder und Jugendbericht. Neben Beiträgen von Gunda Voigts und Stephan Maykus – beides Mitglieder der Expertenkommission, die den 15. Kinder- und Jugendbericht erstellt haben – findet sich ein Beitrag von **Benedikt Widmaier, Direktor Haus am Maiberg, mit dem Titel "Wachsende**

Bedeutung der politischen Bildung? Anmerkungen zum 15. Kinder- und Jugendbericht". Widmaier stellt in diesem Beitrag einen Bedeutungsverlust der politischen Bildung in den letzten zwanzig Jahren fest. Umso bemerkenswerter sei aus seiner Sicht, dass politische Bildung im 15. Kinder- und Jugendbericht eine neue und große Aufmerksamkeit erhalte. Dabei werde vor allen Dingen der "Ortswechsel" als Prinzip der politischen Bildung besonders hervorgehoben. Weitere Informationen: <http://t1p.de/Widmaier>

Gunter Geiger, Direktor des Bonifatiushauses in Fulda, und Marco Bonacker haben beim **Verlag Barbara Budrich den Band "Menschenrechte und Medizin. Grundfragen der medizinischen Ethik"** herausgegeben. Der Band ist Ergebnis der Ringvorlesung "Menschenrechte und Medizin", die von Herbst 2015 bis Sommer 2016 im Bonifatiushaus Fulda durchgeführt wurde, und soll den Großbegriff der Menschenrechte im Rahmen der medizinischen Praxis herausarbeiten.

Weitere Informationen: <http://t1p.de/EthikMedizin>

Projektstelle "Empowered by Democracy"

Neues Projekt: Politische Bildung für und mit Geflüchteten

Bonn (inform). Seit dem 1. März 2017 läuft das Projekt „Empowered by Democracy – Prävention, Demokratieförderung für und mit jungen Geflüchteten“, an die AKSB im Verbund mit der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap (GEMINI) teilnimmt. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“.

Bereits seit mehreren Jahren führen die AKSB-Mitgliedseinrichtungen Bildungsangebote mit Geflüchteten durch. Innerhalb der bundesweiten Zusammenarbeit fließen die dort gewonnenen Erfahrungen in die bundesweite Bildungsarbeit der AKSB ein und werden intensiv ausgetauscht (vgl. z.B. Beitrag zur Fachtagung "Interreligiöse/Interkulturelle Bildung S.13 u.). Aufbauend auf diesen Erkenntnissen werden sich die AKSB-Mitgliedseinrichtungen nun verstärkt mit Bildungsangeboten für Geflüchtete in den Themenfeldern Flucht, Demokratie und Zivilgesellschaft in das GEMINI-Projekt einbringen.

Seit dem 1. Juli 2017 ist für die Koordinierung dieser Kursangebote innerhalb des Projektes David Brixius als Referent bei der AKSB zuständig. Brixius hat in Köln und Dublin Politikwissenschaften, Philosophie und Ethnologie (Magister) studiert und an der Freien Universität Berlin einen European Master in Intercultural Education erworben. Er ist seit über zehn Jahren in der außerschulischen Jugendbildung für unterschiedliche Bildungseinrichtungen tätig, unter anderem in den Themenbereichen politische Bildung, Rechtsextremismus und Europapolitik. Zu seinen weiteren Aufgaben im Projekt gehören die Evaluierung der inhaltlichen Arbeit in den anstehenden Projektseminaren und Maßnahmen sowie die bundesweite Vernetzung im Projekt. Das Projekt selbst ist in der bundesweiten Zusammenarbeit der AKSB bei der Fach-



Politisches Bildungsangebot mit Geflüchteten der Kifas gGmbH Waldmünchen



Projektreferent David Brixius.

gruppe III angesiedelt. Ein erstes Vernetzungstreffen für das Projekt findet am 16. und 17. Oktober 2017 in Berlin statt, zu dem gesondert eingeladen wird. Der offizielle Startschuss des Projekts mit dem Bundesministerium erfolgt am 8. Dezember 2017 ebenfalls in Berlin.

Weitere Informationen bei David Brixius,
brixius@aksb.de

Qualitätsmanagement

Entwicklungspolitische Bildung

Bonn (Inform). In der AKSB-Geschäftsstelle in Bonn beschäftigte sich am 29. Juni 2017 die Fachtagung "Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der AKSB" mit dem Thema "Qualitätsmanagement". Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Bonn 2017 ist die Gestaltung nachhaltiger Entwicklung auf den Gebieten der Produktion, des Konsums und der Lebensstile weiterhin eine zentrale Herausforderung. Die Fachtagung bot in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, das Thema Qualitätsmanagement in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit auf unterschiedlichen Ebenen zu diskutieren und daraus Anregungen für die konkrete Bildungsarbeit zu generieren.

Melanie Gehenzig, Poolstelle didado, informierte über die Wirkungsorientierung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und gab Hilfestellungen zur Antragsstellung im Förderprogramm entwicklungspolitische Bildung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Georg Krämer vom Welthaus Bielefeld e.V. kommentierte das BMZ-Konzept 159 „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“. Im Anschluss daran sammelten die Teilnehmenden erste Anregungen zur Neuformulierung und Weiterentwicklung von zukünftigen inhaltlichen Fördermodalitäten. Zudem gab es Informationen zum entsprechenden Förderprogramm und einen Austausch über Projekte und Erfahrungen aus den Arbeitsbereichen der Teilnehmenden.

Für die Organisation und Durchführung zeichneten sich Sandra Kleideiter und Doris Jonas von der AKSB-Geschäftsstelle verantwortlich.

Weitere Informationen bei Dr. Karl Weber,
weber@aksb.de

Neu im KEB-Vorstand: Rüdiger Paus-Burkard

KEB-Mitgliederversammlung in Magdeburg

Magdeburg (inform). Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland (KEB) im Juni 2017 in Magdeburg wurde Rüdiger Paus-Burkard, Direktor der Akademie Klausenhof und Mitglied im AKSB-Vorstand, neu in den Vorstand der KEB Deutschland als Stellvertreter der Vorsitzenden gewählt. Er folgt damit Dr. Michael Reitemeyer, Direktor des Ludwig-Windthorst-Hauses in Lingen und amtierender AKSB-Vorsitzender, der berufsbedingt sein Vorstandsamt bei der KEB aufgegeben hatte.

Schwerpunktthema der Versammlung war "Alphabetisierung und Grundbildung". Die KEB Deutschland

vertritt das Kommissariat der deutschen Bischöfe im Kuratorium der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung und ist dort auf Bundesebene mit dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt „Metakognitiv fundiertes Lehren und Lernen in der Grundbildung“ aktiv. Für die KEB-Bundesvorsitzende Elisabeth Vanderheiden ist das Engagement der KEB in der nationalen Dekade selbstverständlich: „Menschen ihre Selbstwirksamkeit erfahren zu lassen, sie in ihrem eigenverantwortlichen Handeln im persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Leben zu unterstützen, ist originärer Auftrag der Katholischen Erwachsenenbildung.“ Weitere Informationen: www.keb-deutschland.de



Dr. Michael Reitemeyer gratuliert seinem Nachfolger im KEB-Vorstandsamt, Rüdiger Paus-Burkard.

Partizipation als Grundprinzip der Demokratie

Tools und Projekte zur Förderung von politischer Partizipation – von Melanie Gehenzig

(inform). Partizipation ist ein Grundprinzip der Demokratie. Neben der Teilnahme an Wahlen wird die Möglichkeit, sich darüber hinaus als Bürger/-in oder als Vertreter/-in bei Planungen und Entwicklungen im öffentlichen Bereich zu engagieren, zunehmend wichtiger, um Demokratie lebendig zu halten. Methoden bei Partizipationsprozessen können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Menschen durch abwechslungsreiche Gestaltung zu motivieren, eine strukturierte Durchführung zu fördern und Lösungen abseits der üblichen Wege zu finden. Beispielfhaft seien hier einige Angebote im Internet aufgeführt:

www.kinderpolitik.de/methoden

Nützliche Methoden für Kinder und Jugendliche zum Thema Kinderrechte und Kinderpolitik bietet die Methodendatenbank des Deutschen Kinderhilfswerkes.

<https://liqd.net/de/>

Die Organisation Liquid Democracy e.V. entwickelt innovative Konzepte für demokratische Beteiligung und bietet dazu Online-Werkzeuge.

<http://t1p.de/buergesellschaft-Methoden>

Das Projekt „Wegweiser Bürgergesellschaft“ der Stiftung Mitarbeit bietet zahlreiche Methoden und Verfahren der Bürgerbeteiligung und stellt zahlreiche Praxisbeispiele vor.

<http://jugend.beteiligen.jetzt>

Die Plattform „jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis digitaler Partizipation“, ein Gemeinschaftsprojekt der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, des Deutschen Bundesjugendrings und IJAB, bietet Hilfe für die Praxis digitaler Jugendbeteiligung. Gute Jugendbeteiligungsprojekte und Tools werden vorgestellt.

<http://ypart.eu>

Bei Ypart handelt es sich um eine internationale Online-Beteiligungsplattform für Jugendorganisationen, Verbände, Vereine und Kommunen. Jugendliche können dort eine Vielzahl von unterschiedlichen Beteiligungsprojekten umsetzen, gemeinsam Ideen zu Themen entwickeln, Vorschläge einbringen, diskutieren, abstimmen und Projekte starten.



Methode zur Förderung von Partizipation in der Bildungspraxis.

Dieser erste Überblick zeigt bereits, dass die Methoden zur Förderung von Teilhabe vielfältig sind, ihre Bekanntheit und Etabliertheit aber, gerade im Bereich der E-Partizipation, noch ausbaufähig bleibt. Dies muss künftig auch Aufgabe der didado-Arbeit innerhalb der AKSB sein. Weitere Informationen bei Melanie Gehenzig, gehenzig@haus-wasserburg.de und Dr. Theresia Beilschmidt, beilschmidt@jakobushaus.de.

SV-Arbeit: Aktive Mitgestaltung des Schullebens

Politische Bildungsarbeit in SV- und Patenseminaren – Bericht von Ulrike Maqua

Großkrotzenburg (inform). Unpolitisch, keinen Bock auf Beteiligung, desinteressiert. Schlagworte, die oft über Jugendliche in Deutschland zu hören sind. Doch an fast allen deutschen Schulen gibt es Schülervertretungen (SVen), in denen sich Schülerinnen und Schüler engagieren. Zwar ohne in Parteien engagiert zu sein, aber ansonsten sehr ähnlich, machen die Jugendlichen dort das, wofür es in den Hochschulen den ASTA gibt und in Deutschland den Bundestag gibt. Sie lassen sich von ihren Mitschülerinnen und Mitschülern wählen, werden Klassen-, Unter-, Mittel-, Ober- oder Schulsprecher/-in. In regelmäßig stattfindenden Schülerratssitzungen (auch Klassenräte oder Vollversammlungen genannt – die Begrifflichkeiten sind da leider nicht einheitlich) werden aktuelle Themen besprochen, Arbeitsgruppen gebildet, Delegierte gewählt. So kann die Schülerschaft ihre Meinung gegenüber Schulleitung, Lehrern und Eltern vertreten und das Schulleben aktiv mitgestalten.

Um weitere Unterstützung für ihre Arbeit zu erhalten, nutzen viele Schulen die Möglichkeit, bei einem Bildungswerk ein SV-Seminar zu buchen. Hier können sie drei Tage lang mit Referentinnen und Referenten auf ihre Arbeit schauen, Handwerkszeug lernen und sich gegenseitig besser kennenlernen. Das Franziskanische Bildungswerk e.V. (FBW) bietet solche Semi-

nare an. In einem Tagungshaus – also außerhalb von Schule – bekommen die Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Arbeit zu reflektieren und sich auf die Themen zu konzentrieren, die ihr Schuljahr prägen sollen.

Wichtiges Ziel von SV-Seminaren: Vermittlung von Rechten und Pflichten an die Jugendlichen

Wichtig ist es, den Jugendlichen das nötige Handwerkszeug mit auf den Weg zu geben. Dazu werden auf den Seminaren je nach Wunsch und Vorkenntnissen Rhetorikworkshops, Kommunikationsübungen, Projektmanagementeinheiten oder Planspiele angeboten. Die Themenwünsche sind hier vielfältig: Von der richtigen Vorstellung bei der Wahl als Stufensprecher oder -sprecherin bis hin zum Aufbau einer Öffentlichkeitsarbeit in sozialen Netzwerken ist alles dabei. Auch aktuelle gesellschaftliche Aspekte können hier thematisiert werden.

Rechtlich geregelt ist die SV-Arbeit länderspezifisch durch die Verordnungen über Schülervertretungen, hieran angeglichen haben die meisten Schulen noch eine auf sie zugeschnittene SV-Satzung. Die Jugendlichen, die sich in ihrer SV engagieren, sollten ihre Rechte und Pflichten kennen, denn auf deren Grundlage können sie Enormes leisten.

Ein weiterer Aspekt politischer Bildungsarbeit an Schulen ist die Patenarbeit. Immer mehr Schulen lassen Schülerinnen und Schüler aus den oberen Jahrgängen (mindestens neunte Klasse) zu Patinnen und Paten für die neuen fünften Klassen ausbilden. In der ersten Zeit an der neuen Schule sollen die Kinder sich nicht so verloren an der weiterführenden Schule fühlen und Ansprechpartnerinnen und -partner außerhalb der Lehrerschaft haben. Je nach Schule hat die Patenschaft eine Laufzeit von einem bis zweieinhalb Schuljahren. Auch für Patinnen und Paten werden Seminare angeboten, die in vielen Aspekten denen von Schülervertretungen ähneln. Oft dürfen auch sie Projekte in der Schule umsetzen und haben durch ihre Vermittlerrolle zwischen Lehrerschaft und Patenkinder eine diplomatische Rolle im Schulalltag.

Es gibt sie also. Die Schülerinnen und Schüler, die politisch und interessiert sind und die sehr viel Zeit und Mühe investieren, um ihre Schule zu einem Ort zu machen, den sie gerne besuchen. Diese Jugendlichen durch Seminare zu unterstützen und zu fördern, sollte Bildungsarbeit leisten.

Die SV-Seminarangebote des FBW werden aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert.

Politische Bildung: Internationaler Austausch zu Theorie und Praxis

Fachtagung zum Thema "Politische Bildung International" – Bericht von Benedikt Widmaier

Heppenheim (inform). Der Erlass der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) von 1992 beschrieb ihre Aufgaben noch sehr national orientiert: Die bpb habe „durch Maßnahmen der politischen Bildung im deutschen Volk Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern.“ Seit 2001 ist dieser Bezug auf das deutsche Volk im Erlass der Bundeszentrale gestrichen und damit die Tür zu einer stärkeren internationalen Orientierung geöffnet worden. Inzwischen ist die bpb der größte Partner im sogenannten Network European Citizenship Education (NECE) und damit regelmäßiger Ausrichter der größten internationalen Konferenzen zur politischen Bildung.

Im Zuge dieser Entwicklung haben sich auch in Nordafrika und den Ländern der östlichen Partnerschaft der EU Netzwerke für den Aufbau politischer Bildung gebildet, die von der Bundeszentrale und einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, etwa MitOst e.V., unterstützt werden. Die Bundeszentrale ist damit auch zu einer wichtigen Institution des Demokratietransfers geworden und es wäre wünschenswert, dass auch andere Einrichtungen der politischen Bildung diese Aufgabe für sich sehen.

Der Leiter der Akademie „Haus am Maiberg“, Benedikt Widmaier, war im vergangenen Jahr in Hammamet/Tunesien und in Tiflis/Georgien am Austausch der Netzwerke „Network Arabic Citizenship Education“ (NACE) und „Eastern Europe Network of Civic Education“ (EENCE) beteiligt. Aus diesen Kontakten entstand die Perspektive, in diesem Jahr eine Fachtagung zum Thema „Politische Bildung Internati-

onal“ in Heppenheim durchzuführen. Für die Tagung Mitte Juni 2017 konnten die Deutsche Vereinigung für politische Bildung (DVPB) und die bpb als Partner gewonnen werden.

Konzeptioneller Ausgangspunkt für die Fachtagung waren die folgenden Überlegungen: Im Vergleich zu anderen Ländern ist die politische Bildung in Deutschland zwar sehr gut etabliert, aber wenig international ausgerichtet. In Zeiten von Europäisierung und Globalisierung aber lohnt sich der Blick über den eigenen Tellerrand: Wie sehen Theorie und Praxis der Politischen Bildung in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern aus? Wo gibt es Gemeinsamkeiten und wo Unterschiede? Gibt es einen gemeinsamen Auftrag für Politische Bildung, an dem eine international orientierte Profession sich orientiert und ggf. auch gemeinsam arbeiten sollte?

Mit der Veranstaltung knüpften das Haus am Maiberg und die Kooperationspartner an eine Tagung aus dem Jahr 2011 mit dem Titel „Active Citizenship Education. Internationale Anstöße für die politische Bildung“ an, bei der es im Schwerpunkt um europäische Konzepte von politischer Bildung ging. Zur Tagung waren Experten/-innen aus den Netzwerkgruppen Nordafrika (Ägypten, Marokko, Tunesien) und Osteuropa (Armenien, Aserbeidschan und Ukraine) und Experten/-innen aus den Partnerregionen des Bundeslandes Hessen in Italien, Polen und Russland eingeladen. Die ausländischen Kollegen/-innen kamen aus Hochschulen und zivilgesellschaftlichen Institutionen dieser Länder. Ziel der Veranstaltung war der interna-



Eine Expertin aus der Netzwerkgruppe Osteuropa erläutert die "civic education" in Aserbeidschan.

tionale Fachaustausch, die internationale Vernetzung aber auch die Vernetzung zwischen schulischer und außerschulischer politischer Bildung. Von deutscher Seite waren im offiziellen Teil des Programms Prof. Dr. Tilman Grammes aus Hamburg, als Hochschullehrer für politische Bildung, und Dr. Bernd Gebauer, Gymnasiallehrer, Mitglied im Landesvorstand Hessen der DVPB und ab Herbst 2017 Mitarbeiter im Hessischen Kultusministerium für alle Belange des Demokratietransfers, als Experten vertreten.

Die Akademie „Haus am Maiberg“ wird für die Teilnehmenden eine Dokumentation der Tagung erstellen, die gerne auch von interessierten Kollegen/-innen in der AKSB und darüber hinaus angefordert werden kann bei: Benedikt Widmaier,

b.widmaier@haus-am-maiberg.de

Ein halbes Jahrhundert internationaler Austausch

IJAB feierte 50. Geburtstag in Bonn

Mit einem festlichen Empfang und einer engagierten Podiumsrunde zum Thema „Mut zur Vielfalt“ feierte IJAB Mitte Juni 2017 im Alten Rathaus in Bonn ihren 50. Geburtstag. Zu den Gratulanten zählten unter anderem Bürgermeister Reinhard Limbach und der Unterabteilungsleiter im Bundesjugendministerium Thomas Thomer. IJAB schlage seit nunmehr einem halben Jahrhundert von Bonn aus Brücken in die ganze Welt, betonte Bürgermeister Limbach in seiner Begrüßung. „Gerade in Zeiten, in denen nationalistische Tendenzen zunehmen, sind solche Mut-machenden Brückenbauer wichtiger denn je“. Auch Unterabteilungsleiter Thomer würdigte den Einsatz von IJAB für die internationale jugendpolitische Zusammenarbeit: „Der internationale Jugendaustausch soll von einem Angebot für wenige

zu einer Chance für alle werden. IJAB war und bleibt wichtiger Mittler für die Weiterentwicklung der internationalen Jugendarbeit und Servicestelle für die öffentlichen und freien Träger.“

Aus welcher Motivation heraus IJAB als bundeszentrale Fachorganisation für internationale Kontakte in der Jugendarbeit und Jugendpolitik gegründet wurde, erläuterte IJAB-Vorsitzender Lothar Harles: „Versöhnung und Völkerverständigung aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs waren die Grundanliegen, aber auch Neugier, Entdeckerfreude und Offenheit für Fremdes.“ In dem anschließenden jugendpolitischen Podiumsgespräch wurde der Fokus auf die kommunale Ebene gerichtet. Zunehmende Migrationszahlen, eine

polarisierte Gesellschaft und extremistische Tendenzen hinterlassen auch in den Kommunen ihre Spuren. Die Podiumsrunde ging der Frage nach, wie internationale Jugendarbeit dazu beitragen kann, diesen aktuellen Herausforderungen zu begegnen. „Junge Menschen erhalten gerade auf kommunaler Ebene durch internationale Jugendarbeit einen Raum, eigene Ideen zur Zukunft in einer globalisierten Welt zu entwickeln und diese aktiv mitzugestalten. Der internationale Austausch kann eine tolerante und weltoffene Haltung befördern. Es profitieren also nicht nur die Jugendlichen selber sondern auch die Kommunen und die Gesellschaft vom internationalen Engagement im Jugendbereich“, fasste Marie-Luise Dreber als Fazit zusammen.

Weitere Informationen: **www.ijab.de**

Intensiver bundesweiter fachlicher Austausch

AKSB-Verwaltungsfachtagung in der Akademie Klausenhof

Hamminkeln-Dingden (inform). Einen bundesweiten fachlichen Austausch bot erneut die AKSB-Verwaltungsfachtagung, die in Kooperation mit der Akademie Klausenhof vom 21. bis zum 23. Juni 2017 in Hamminkeln-Dingden stattfand. Rund 40 Teilnehmende aus Einrichtungen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung konnten AKSB-Vorstandsmitglied Martina Weishaupt und AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber gemeinsam begrüßen. Beide hoben die Bedeutung der Fachtagung für die bundesweite Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaft hervor: Sie sei zentraler Baustein für eine fachliche Qualifizierung der Mitarbeitenden im Verwaltungsbereich und diene dem intensiven Austausch zu den Förderprogrammen.

Der AKSB-Vorstand werde in Zukunft bei dieser Tagung verstärkt Präsenz zeigen, um näher "am Puls" der Verwaltungsmitarbeitenden in den AKSB-Einrichtungen zu sein. Daher wird Martina Weishaupt in Zukunft – analog zur Regelung bei den Fachgruppen – die Verwaltungsfachtagung für den Vorstand begleiten.

Das Programm der Fachtagung bot verschiedene Workshops zu Themenfeldern und Förderpro-



Gruppenfoto mit den Teilnehmenden der Verwaltungsfachtagung in der Akademie Klausenhof.

grammen. Dabei wurde besonders intensiv in dem Workshop "Arbeit 4.0" über die Digitalisierung und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze der Zukunft diskutiert. Bei den Workshops zu den Förderprogrammen bewährte sich erneut das Arbeiten in Kleingruppen, da dort spezielle Fragestellungen ausführlich erörtert und geklärt werden konnten.

Marion Schue von der AKSB und Thorsten Gonska von der Akademie Klausenhof konnten am Ende der Tagung auf einen erfolgreichen Verlauf der Tagung zurückblicken: "Die angebotenen Work-

shops haben einen intensiven Erfahrungsaustausch angeregt. Das zeigt, dass wir mit unseren Angeboten den Informationsbedarf der Teilnehmenden getroffen haben". Im kommenden Jahr wird die Verwaltungsfachtagung vom 6. bis 8. Juni 2018 – erneut in Kooperation mit der Akademie Klausenhof – im Tagungshaus Weingarten der Katholischen Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart stattfinden. Weitere Informationen bei Marion Schue, schue@aksb.de.

Fremd in der demokratischen Bürgergesellschaft?

Fachtagung diskutierte adäquate Bildungsansätze und Zukunftsperspektiven für Geflüchtete

Frankfurt/M. (inform). Fremd in der demokratischen Bürgergesellschaft? Die Frage nach adäquaten Bildungsansätzen und nach Zukunftsperspektiven für Geflüchtete bewegt die Mitglieder der AKSB, der KEB Deutschland und die der Katholischen Akademien. In einer gemeinsamen Tagung im Haus am Dom Ende Juni 2017 zogen die Beteiligten Fachkräfte ein differenziertes Fazit aus der bisherigen Arbeit:

Dr. Armin von Ungern-Sternberg, Leiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in der Stadt Frankfurt, ermutigte zu einem positiven Ansatz im Umgang mit unterschiedlichen Wert- und Kulturvorstellungen und zum Aufbau entsprechender Strukturen, wie es in Frankfurt über Jahre hinweg praktiziert werde. Die Situation der Geflüchteten müsse im Gesamtzusammenhang gesehen werden – eine These, die Andreas Groß vom Institut der TH Köln in seinem Vortrag "Was kommt nach der Willkommenskultur" ebenfalls aufgriff. Für die nunmehr zweite Phase der Arbeit stellte er zusammenfassend

sechs Thesen für die politische Bildung mit Geflüchteten vor:

- Eigene Freiräume für interkulturelle und zivilgesellschaftliche Entwicklungsprozesse bieten.
- Interkulturelle Bildungs- und Begegnungsangebote entwickeln, in denen sich Flüchtlinge als kompetente und gleichberechtigte Akteure erleben können.
- Entstehung und Entwicklung von Lernorten / Zonen zivilgesellschaftlichen (interkulturellen) Lernens und Aushandelns anregen / unterstützen.
- Vernetzung mit Initiativen / Akteuren im Feld initiieren / entwickeln.
- Aus- und Weiterbildungsangebote von Multiplikator/-innen / Gatekeepern (aus den Communities) kreieren.
- Weiterbildungsformate zur spezifischen (interkulturellen) Kompetenzentwicklung für die politische Bildungsarbeit mit Flüchtlingen bzw. Gruppen mit ausgeprägter kultureller Diversität anbieten.

Diese Thesen korrespondierten mit beeindruckenden lokalen Praxisbeispielen, die Dagmar Feldmann vom Christlichen Bildungswerk "Die Hegge" in Bad Willebadessen, Amira Racho vom Ludwig-Windthorst-Haus (LWH) in Lingen und Anne Kruppp von Kifas gGmbH in Waldmünchen vorstellten. Christian Ströbele von der Katholischen Akademie Rottenburg-Stuttgart gab einen Überblick über die Kooperationsmöglichkeiten auf der Ebene eines Bistums.

Andrea Hoffmeier (KEB), Prof. Joachim Valentin (Akademieleiterkreis) und Dr. Karl Weber (AKSB) zogen abschließend ein positives Fazit der Tagung: Neben der inhaltlichen Weiterentwicklung komme es auch darauf an, adäquate Förderlinien zu erschließen. Die Prämisse aus dem Vortrag von Andreas Groß "Es begegnen sich nicht Kulturen, sondern Menschen" werde die politische Bildungsarbeit der beteiligten Institutionen weiterhin prägen.

Weitere Informationen bei Dr. Karl Weber, weber@aksb.de

Aktuelle Auseinandersetzung mit Fragen der Gerechtigkeit

Symposium zur KSI-Neueröffnung in Siegburg – Bericht von André Schröder

Siegburg/Köln (inform). Seit seiner Gründung vor 70 Jahren ist eines der Grundanliegen des Katholisch-Sozialen Instituts, Ort des Dialogs für Kirche und Gesellschaft zu sein. Aus Anlass seines Jubiläums und der Wiedereröffnung auf dem Siegburger Michaelsberg lud das Institut Anfang Mai zu einem Festsymposium in die neuen Räumlichkeiten ein. Unter dem Titel „Fragen der Gerechtigkeit“ diskutierten führende Wissenschaftler aus der Sozialethik und der Entwicklungspolitik intensiv mit den teilnehmenden Gästen.

Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins: Politik sollte Mix aus Erwerbsarbeit und Careaufgaben fördern

Im ersten Podium sprach die Münsteraner Sozialethikerin Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins über das Thema „Geschlechtergerecht sorgen – gut arbeiten“. Heimbach-Steins betonte in diesem Zusammenhang, dass die Versorgung der Kinder und Pflege von Angehörigen lange Zeit als selbstverständlich betrachtet und in der Regel von Frauen übernommen wurden. Sorgeltätigkeit galt als solche nicht als Arbeit. Zwar hätten sich inzwischen traditionelle Leitbilder überlebt, eine Entwicklung, gerade in der Pflege von Angehörigen, sei jedoch nur zaghaft zu bemerken. Perspektivisch sieht Heimbach-Steins hier eine Problematik, da das Sorgearbeitspotenzial aufgrund von Berufstätigkeit und demographischem Wandel knapp werde. Durch das Beschäftigen von Sorgearbeitskräften aus dem Europäischen Ausland werde das Problem lediglich verlagert und die Fürsorgeproblematik globalisiert. Sorgearbeitskräfte fehlten dann wieder in ihren Herkunftsländern. Heimbach-Steins sprach sich daher für eine Anrechnung von Pflegeleistungen auf die Alterssicherung bzw. eine Entkoppelung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung aus. Perspektivisch sollte eine stärker lebenslauforientierte Politik einen Mix aus Erwerbsarbeit und Careaufgaben fördern.

Prof. Dr. Bernhard Emunds: Plädoyer für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit

„Digitalisiert arbeiten – gerecht wirtschaften“ lautete der Titel des Beitrags von Prof. Dr. Bernhard Emunds vom Frankfurter Nell-Breuning Institut. Das derzeit sehr intensiv diskutierte Stichwort „Industrie 4.0“ sei, so Emunds, einer der erfolgreichsten Coups der Deutschen Wirtschaft und hätte sich schnell zu einer Art Marke modernen Wirtschaftens entwickelt, die mit digitaler Beschleunigung, Vernetzung, neue Technologien, Künstliche Intelligenz und Crowdfunding in Verbindung gebracht werde. Emunds sieht jedoch die aktuell formulierten Zukunftsprognosen (eklatanter Anstieg der



Prof. Dr. Ralph Bergold, Direktor des KSI, bei seiner Begrüßung der Teilnehmenden am Symposium.

Arbeitsproduktivität, Wegfall einer Vielzahl von Berufsgruppen) kritisch. Eine derart sprunghafte Entwicklung hätte es auch schon bei der Industrie 3.0 (Einführung der Computertechnologie) nicht gegeben. Sollten diese Entwicklungen wider Erwarten doch eintreffen, spricht Emunds sich entgegen der aktuell intensiv diskutierten Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit aus. Das sei in der Vergangenheit ein gängiges Verfahren gewesen, um auf eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zu reagieren und würde gewährleisten, dass die Menschen auch künftig am Arbeitsmarkt partizipieren können. Hinzu käme, dass mehr Zeiträume für die bereits angesprochene Fürsorgearbeit, für Familie und für Freizeit zur Verfügung stünden.

Prof. Dr. Dirk Messner: Umweltkrise kann nur durch globale Kooperationen gelöst werden

Das zweite Podium widmete sich dem Thema „Kirchliches Engagement im globalen Kontext: Die Gerechtigkeitsfrage unter dem Aspekt unserer Verantwortung für die Schöpfung“. Prof. Dr. Dirk Messner, Leiter des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), stieg in seinem Beitrag unter dem Titel „Die wichtigsten Aufgaben bezüglich der Bewahrung der Schöpfung“ gewissermaßen mit dem Zielfoto ein. Seiner Einschätzung nach könne die aktuelle Umweltkrise nur durch globale Kooperationen gelöst werden. Jedoch gelte es, vier zentrale Herausforderungen zu bewältigen: (1) Bewahrung des Planeten, d.h. Vermeidung weiterer Großunfälle und sogenannter unumkehrbarer Kippunkte im Erdsystem, (2) Ressourcengerechtigkeit, damit die Umweltbelastung nicht weiterhin auf Kosten der weniger industrialisierten Staaten und künftiger Generationen stattfindet, (3) Förderung einer Kultur globaler Kooperation und Vermeidung des politischen Isolationsismus, (4) Einsicht, dass Probleme bei der Bewälti-

gung des Klimawandels primär kulturell-zivilisatorisch und weniger technischer oder finanzieller Natur sind.

Prof. Dr. Gerhard Kruij: Herausforderungen immer global betrachten und nicht innerhalb nationaler Grenzen

Das letzte Statement stand unter dem Titel „Welche Beiträge kann Kirche konkret für die Bewahrung der Schöpfung leisten?“. Der Mainzer Sozialethiker Prof. Dr. Gerhard Kruij verwies in seinem Beitrag darauf, dass Kirche nicht nur über die nötigen intellektuellen Ressourcen verfüge, das Thema Schöpfungsbewahrung stärker in den Fokus zu nehmen. Auch lasse sich eine „Sorge für das Gemeinsame Haus“, wie Franziskus sie fordere, aus der Schrifttradition der Kirche gut begründen. Kruij führte hier unter anderem die Gottebenbildlichkeit des Menschen und seine damit einhergehende Rolle als Stellvertreter Gottes im Hinblick auf die Schöpfungsbewahrung heraus. Er nannte überdies die von Thomas von Aquin postulierte „universelle Bestimmung der Güter“ (Thomas von Aquin). Katholiken, so Kruij, müssten zudem allein schon aufgrund ihrer weltumspannenden Ausrichtung und dem Bewusstsein, dass jeder Mensch von Gott mit personaler Würde ausgestattet ist, Herausforderungen immer global betrachten und nicht innerhalb nationaler Grenzen. Hier bestehe für die Kirche und auch für die Christen ein großes Potenzial, aber auch eine große Verantwortung.

Die vier Statements des Symposiums machten eines deutlich: Die Auseinandersetzung mit Fragen der Gerechtigkeit ist in heutiger Zeit ein dringliches Anliegen, das sowohl im kirchlichen Handeln als auch im Handeln jedes Christen seine Entsprechung finden muss. Das Symposium hat dafür Handlungsoptionen formuliert. Kirche kann hier durch Einmischung, Vorleben und anwaltschaftlichen Einsatz wesentliche Akzente setzen.

Weitere Informationen unter www.ksi.de

Personalia

AKSB-Geschäftsstelle – Mitgliedseinrichtungen – Kooperationspartner

Neuer Leiter des gemeinsamen Europabüros katholischer Träger der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung in Brüssel wird **Florian Sanden**. Er wird seine Stelle zum 1. September 2017 antreten. Nach dem Studium der Politik-, Geschichts- und Europawissenschaften an den Universitäten Göttingen, Madrid und Maastricht konnte Sander als Assistent des Leiters in der Brüsseler EU-Vertretung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW e.V.) auf europäischer Ebene Arbeitserfahrungen sammeln. Als Leiter des Europabüros wird er die Anliegen mehrerer Träger der kirchlichen Jugend- und Erwachsenenbildung aus Europa vertreten.

Seit dem 1. Juli 2017 ist für die Koordinierung innerhalb des GEMINI-Projektes "Empowered by Democracy – Prävention, Demokratieförderung für und mit jungen Geflüchteten" **David Brixius** als Referent zuständig. Brixius hat in Köln und Dublin Politikwissenschaften, Philosophie und Ethnologie (Magister) studiert und an der Freien Universität Berlin einen European Master in Intercultural Education erworben. Seit über zehn Jahren ist er in der außerschulischen Jugendbildung für unterschiedliche Bildungseinrichtungen tätig. Weitere Informationen zum Projekt und David Brixius finden Sie auf Seite 10.

Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland (KEB) vom 19. bis 20. Juni im Roncalli Haus in Magdeburg wurde **Rüdiger Paus-Burkard**, Direktor der Akademie Klausenhof und Mitglied im AKSB-Vorstand, neu in den Vorstand der KEB Deutschland als Stellvertreter der Vorsitzenden gewählt. Er folgt damit **Dr. Michael Reitemeyer**, Direktor des Ludwig-Windthorst-Hauses in Lingen und amtierender AKSB-Vorsitzender, der berufsbedingt sein Vorstandsamt bei der KEB aufgegeben hatte.

Akademiedirektor **Dr. Florian Schuller** von der Katholischen Akademie in Bayern erhielt am 12. Juli 2017 den Bayerischen Verdienstorden. Ministerpräsident Horst Seehofer verlieh die Auszeichnung bei einem Festakt an insgesamt 47 Frauen und Männer im Antiquarium der Münchner Residenz. Ausgezeichnet wurde Florian Schuller besonders wegen seiner Arbeit als

Direktor der Katholischen Akademie in Bayern, wobei herausgehoben wurde, dass er es geschafft habe, das Profil der Akademie in schwieriger Zeit zu schärfen und durch die Einführung eines Nachhaltigkeitsmanagements einen wirksamen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

Katrin Visse, Referentin für Islam und Theologie an der Katholischen Akademie in der Katholischen Akademie in Berlin, ist bis Mai 2018 in Elternzeit. Während dieser Zeit wird sie vertreten von **Dr. Thomas Würtz**.

Mit großer Mehrheit sind **Andreas Luttmmer-Bensmann** und **Maria Etl** auf dem 16. KAB-Bundesverbandstag in Krefeld zum neuen Bundesvorstand der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) gewählt worden. Zuvor hatte der Verbandstag mit

einer Zweidrittel-Mehrheit eine neue Satzung beschlossen, die den Verband strukturell neu aufstellt.

Weitere Informationen unter:

<http://t1p.de/kab-bundesverbandstag>

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) – Bundesverband e.V. hat einen neuen geschäftsführenden Bundesvorstand: Die 85 Delegierten aus 20 Diözesanverbänden und dem Landesverband Oldenburg haben am 16. Juni 2017 in Mainz im Rahmen der jährlichen kfd-Bundesversammlung **MdB Mechthild Heil**, **Monika von Palubicki** sowie **Prof. Dr. Agnes Wuckelt** als geschäftsführenden Bundesvorstand für eine Amtszeit von vier Jahren bestimmt. Sie lösen **Maria Theresia Opladen** als Bundesvorsitzende bzw. **Anna-Maria Mette** und **Irmentraud Kobusch** als ihre Stellvertreterinnen ab.

Anzeige

Jugendmarken 2017

Mit dem Zuschlagserlös der Briefmarkenserie „FÜR DIE JUGEND“ fördert die Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. seit 1965 Projekte und Bauvorhaben für Kinder und Jugendliche. Die Briefmarken tragen so auf vielfältige Weise zu besseren Perspektiven für junge Menschen bei.

Verlangen Sie am Postschalter ausdrücklich Jugendmarken

Die Jugendmarken 2017 sind vom 10. August bis zum 31. Oktober 2017 an allen Postschaltern sowie bis auf Weiteres bei der Deutschen Post AG, Niederlassung Philatelie in 92628 Weiden und unter www.jugendmarke.de erhältlich.

Wir danken allen Sammlern und Käufern, die mit dem Erwerb der Jugendmarken Projekte der Kinder- und Jugendhilfe unterstützen!

Bildverlagen © Augen unter Pappelsäule; Foto „Altenmaly und Schraubler“ © fotostudio Marzoban mit freundlicher Genehmigung der Autoren- und Verlagsgruppe (VAG), München; Herder Verlag, Freiburg und Josef Leck, Prag

Redaktionsschluss für den nächsten AKSB-Inform: 10. November 2017; Fotonachweis: Titelbilder Reihe oben, Reihe mi., li. u., groß, S. 6, 7, 10, AKSB-Geschäftsstelle; Titelbilder Reihe mi. kl. o., Reihe unten, li., S. 4, 13, Akademie Klausenhof; Titelbilder Reihe unten re., Paul Mundthal / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz (by-nc), <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/deed.de>; S. 3, Tim Reckmann, pixelio.de; S. 5, Akademie Junges Land; S. 8, Bischof Dr. Gebhard Fürst; S. 10, KEB Deutschland; S. 11, Melanie Gehenzig; S. 12, Haus am Maiberg; S. 14, KSI.

Auflage: 900

ISSN 0937-8375

AKSB-Inform wird hergestellt mit Förderung aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Termine

Termine der AKSB 2017

05.09.2017	Fachkonferenz "Politische Bildung – Zusammenarbeit mit Bundeswehr, katholische Militärseel- und Polizeiseelsorge"	Bonifatiushaus, Fulda
13.09.2017	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
19.09.2017	AKSB-Vorstandssitzung	Haus am Dom, Frankfurt
21.-22.09.17	DPJW-Weiterbildungskonferenz	Haus Altenberg, Odenthal
25.-26.09.17	Fachgruppen I – Politik, Menschenrechte, Medien	Franz Hitze Haus, Münster
25.-26.09.17	Fachgruppe II – Arbeit, Bildung, Soziales	Franz Hitze Haus, Münster
25.-26.09.17	Fachgruppe III – Gesellschaft im Wandel - Trends	Franz Hitze Haus, Münster
04.-05.10.17	Abschlussveranstaltung "Responsibility to Protect" Kooperationsveranstaltung Deutsche Kriegsgräberfürsorge/ Bonifatiushaus	JBS, Golm/Usedom
11.10.2017	Vorstandssitzung	Katholische Akademie, Berlin
02.-03.11.17	Kooperationskonferenz "Politische Bildung in der Jugendsozialarbeit"	Haus am Maiberg, Heppenheim
14.11.2017	Projekt Kulturbotschaft – Vernetzungstreffen	Haus am Dom, Frankfurt
26.11.-27.11.17	Vorstandssitzung	Katholische Akademie, Berlin
27.-28.11.17	Jahrestagung der AKSB	Katholische Akademie, Berlin
28.-29.11.17	Mitgliederversammlung der AKSB	Katholische Akademie, Berlin
12.12.2017	Kooperationskonferenz "Politische Jugend- und Erwachsenenbildung"	Universitätsclub, Bonn

Termine der AKSB 2018

23.01.2018	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
05.-06.02.18	Fachgruppe I – Politik, Menschenrechte, Medien	Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg
05.-06.02.18	Fachgruppe II – Arbeit, Bildung, Soziales	Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg
05.-06.02.18	Fachgruppe III – Gesellschaft im Wandel - Trends	Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg
21.-22.03.18	Infrastrukturstellenkonferenz	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
09.-13.05.18	Deutscher Katholikentag	Münster
06.-08.06.18	Verwaltungsfachtagung	Tagungshaus Weingarten der Katholischen Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart
20.06.2018	Fachkonferenz „Interreligiöse/Interkulturelle Bildung“	Haus am Dom, Frankfurt
21.06.2018	Kooperationskonferenz "Politische Jugend- und Erwachsenenbildung"	Universitätsclub, Bonn
04.09.2018	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
10.-11.09.18	Fachgruppe I – Politik, Menschenrechte, Medien	KSI, Bad Honnef
10.-11.09.18	Fachgruppe II – Arbeit, Bildung, Soziales	KSI, Bad Honnef
10.-11.09.18	Fachgruppe III – Gesellschaft im Wandel - Trends	KSI, Bad Honnef
04.-05.10.18	AKSB-Vorstandssitzung	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart
25.11.2018	Vorstandssitzung AKSB	Bonifatiushaus, Fulda
26.-27.11.18	Jahrestagung der AKSB	Bonifatiushaus, Fulda
27.-28.11.18	Mitgliederversammlung der AKSB	Bonifatiushaus, Fulda

Termine der AKSB 2019

24.-25.11.19	Vorstandssitzung	Kath. Akademie Stapelfeld, Cloppenburg
25.-26.11.19	Jahrestagung der AKSB	Kath. Akademie Stapelfeld, Cloppenburg
26.-27.11.19	Mitgliederversammlung der AKSB	Kath. Akademie Stapelfeld, Cloppenburg

gefördert vom

